



## NEWSLETTER OKTOBER

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

neben der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen, die Deutschland und Europa Schutz vor Krieg, Völkermord und Armut suchen, beherrscht seit zwei Wochen der Skandal um manipulierte Abgastests bei Volkswagen die Schlagzeilen. Er zeigt: In der Automobilwirtschaft stimmt einiges nicht. Eigentlich sind die Autohersteller seit Jahren verpflichtet, die Emissionen ihrer Fahrzeuge deutlich zu vermindern. Eigentlich müsste die Bundesregierung diese Emissionswerte überprüfen. Eigentlich hat sich die Bundesregierung zu hohen Klimaschutzzielen bekannt. Doch stattdessen betreibt Verkehrsminister Dobrindt Kumpanei mit Autokonzernen. Denn seit Jahren gibt es Hinweise, dass die CO<sub>2</sub>- und Stickstoffemissionen von Pkw deutlich höher liegen, als es die Hersteller ihren Kundinnen und Kunden und der Öffentlichkeit weismachen wollen. Nur gehandelt hat die Bundesregierung nicht. Damit schadet sie am Ender der Glaubwürdigkeit von ‚Made in Germany‘ und damit der gesamten deutschen Wirtschaft.

Doch lesen Sie am besten selbst mehr über diese und viele weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Ihr/euer  
Oliver Krischer

### **Energie/Umwelt**

- 1) Braunkohlereserve der Bundesregierung verstößt gegen EU-Recht
- 2) Klimaschutz kommt nicht voran
- 3) Intelligente Stromzähler: Gesetzentwurf mit vielen offenen Fragen
- 4) Autorenpapier: Green New Deal für Griechenland
- 5) NRW-Kabinett beschließt Entwurf zur 3. Leitentscheidung Verkleinerung Tagebau Garzweiler II
- 6) Studie: Atomrückstellungen müssen gesichert werden
- 7) Studie: Klimawandel auch in Deutschland
- 8) Studie: Bundesregierung verfehlt Energiewende-Ziele
- 9) Studie: Bergschäden und Grundwasseranstieg nach Beendigung des Bergbaus in NRW
- 10) Bundestagsrede zum Haushalt des Einzelplan Wirtschaft und Energie
- 11) Immer mehr Mikroplastik in der UmweltG7-Gipfel: Klimakanzlerin Merkel a.D.

### **Agrar/ Ernährung**

- 12) Skandalöser Umgang mit Glyphosat-Risiken
- 13) Grüne Initiative: Klonfleisch kennzeichnen

## **Verkehr/ Bauen/ Wohnen**

- 14) Verbrauchertäuschung bei Sprit- und Abgaswerten und Dobrindt schaut weg
- 15) Das Auto der Zukunft fährt grün
- 16) Deutschlandweit marode Straßenbrücken
- 17) Dobrindts Irrfahrt mit dem Lang-LKW
- 18) Weiteres Gutachten bestätigt EU-Rechtswidrigkeit der gescheiterten PKW-Maut
- 19) Giftige Holzschutzmittel in Wohnungen

## **Energie/Umwelt**

### **1) Braunkohlereserve der Bundesregierung verstößt gegen EU-Recht**

Die Parteivorsitzenden der Regierungskoalition haben am 1. Juli die Schaffung einer Braunkohlereserve auf Kosten der Stromkunden beschlossen. Mit dem [Entwurf für ein Strommarktgesetz](#) zeigen Union und SPD einmal mehr, in welche Richtung ihre Energiepolitik geht. Subventionen für alte und klimaschädliche Braunkohlemeiler und weitere Hürden für die Erneuerbaren Energien. Doch ähnlich wie bei der bereits gescheiterten PKW-Maut hat die EU-Kommission auch bei der Kohlereserve bereits signalisiert, dass diese gegen EU-Recht verstößt. Auch Gutachten bestätigen die Ansicht der EU. So kommt der unabhängige Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einem aktuellen [Gutachten](#) zum Ergebnis, dass die Kohlereserve klar gegen EU-Recht verstößt. Auch die Umweltschutzorganisation Greenpeace kommt in einem [Gutachten](#) zu diesem vernichtenden Urteil für die Kohle-Subventionspolitik von Union und SPD. Die Juristen haben erhebliche europarechtliche Bedenken. Damit ist klar: Die Kohlereserve kann so nicht kommen. Was wir brauchen, ist ein Kohleausstieg mit einem CO<sub>2</sub>-Grenzwert analog zum britischen Modell. Das Land zeigt, dass es auch EU-beihilferechtlich kompatible Lösungen gibt, klimaschädliche Kohlekraftwerke aus dem Markt zu drängen. Alle weiteren Infos [HIER](#).

### **2) Klimaschutz kommt nicht voran**

In sechs Wochen beginnt die [UN-Weltklimakonferenz](#) in Paris. Dort soll endlich ein internationales Klimaabkommen geschlossen werden, das alle Staaten der Erde ab 2020 zu wirksamen Minderungen ihrer Treibhausgasemissionen verpflichten soll. Doch die Verhandlungen kommen nicht voran. Während die Klimakrise weiter um sich greift, liegt immer noch kein brauchbarer Textentwurf vor, der für Paris tatsächlich eine geeignete Verhandlungsbasis sein könnte. Merkel ist gefordert, endlich die Kohlepolitik zu beenden und klare Signale zu senden. Die Bundesregierung muss jetzt ihre internationalen Bekenntnisse, zum Beispiel zu Dekarbonisierung und Einhaltung des 2 Grad Limits, konsequent in nationale Politik umsetzen. Mehr zum Thema [HIER](#).

### **3) Intelligente Stromzähler: Gesetzentwurf mit vielen offenen Fragen**

Mit über einem Jahr Verspätung liegt endlich ein Gesetzesvorschlag der Bundesregierung für intelligente Stromzähler vor. Doch er beantwortet weiterhin nicht die vielen offenen Fragen für Industrie und Verbraucher – dies gilt vor allem beim Thema Datenschutz. Intelligente Stromzähler können grundsätzlich sinnvoll sein, den Energieverbrauch intelligent zu steuern, etwa wenn zu bestimmten Tageszeiten fluktuierende Erneuerbare Energien besonders viel oder wenig Strom erzeugen. So können sie einen wichtigen Beitrag für die Energiewende leisten. Der Gesetzesvorschlag der Bundesregierung ist jedoch vor allem beim Thema Datenschutz nicht ausreichend. Was nicht geht ist, dass Union und SPD eine Zwangsbeglückung für Haushalte mit intelligenten Stromzählern ab einem Jahresverbrauch von 6.000 kWh/a planen und dabei fundamentale Fragen zum Datenschutz unbeantwortet lassen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

### **4) Autorenpapier: Green New Deal für Griechenland**

Griechenland ist enorm abhängig von fossilen Energieträgern. Zusammen mit Kolleg\*innen aus

der Grünen Bundestagsfraktion habe ich einen Vorschlag gemacht, wie das krisengebeutelten Land mit Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz anstelle von Dieselgeneratoren und Braunkohlekraftwerken eine wirtschaftliche Perspektive bekommen könnte. Das Autorenpapier findet sich [HIER](#).

#### **5) NRW-Kabinett beschließt Entwurf zur 3. Leitentscheidung Verkleinerung Tagebau Garzweiler II**

Ende September hat die rot-grüne Landesregierung das erste Mal in der Geschichte in Deutschland eine Leitentscheidung für die Verkleinerung eines genehmigten Tagebaus getroffen. Damit leitet NRW den Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung ein und stärkt weiter den Wandel hin zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energieversorgung. Weitere Infos dazu gibt es [HIER](#).

#### **6) Studie: Atomrückstellungen müssen gesichert werden**

Ob die von den großen Energiekonzernen gebildeten Rückstellungen für den AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung ausreichen, ist mehr als zweifelhaft. Eine von der Grünen Bundestagsfraktion beauftragte [Analyse](#) kommt zum Ergebnis, dass die öffentliche Hand möglichst rasch und umfassend davor geschützt werden muss, dass die großen Stromkonzerne ihre Finanzierungsverantwortung für den AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung auf die Allgemeinheit abwälzen. Es ist höchste Zeit, Vermögenswerte der großen Energiekonzerne im Gesamtwert von etwa 38 Milliarden Euro in einen öffentlich-rechtlichen Atom-Fonds zu überführen. Mehr dazu [HIER](#).

#### **7) Studie: Klimawandel auch in Deutschland**

Im Sommer 2015 war ganz Europa von einer ungewöhnlichen Hitzewelle betroffen. Diesen Trend zu Wetterextremen werden wir im Rahmen der Klimakrise in den nächsten Jahrzehnten häufiger erleben, sei es bezüglich Hitze, Dürren, Überschwemmungen oder Unwettern – so das Ergebnis einer [Studie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion](#). Sie fasst die aktuelle Forschungslage zusammen und zeigt: Insbesondere der Osten Deutschlands, die südlichen Bundesländer und NRW werden in Zukunft von Wetteränderungen und deren Auswirkungen betroffen sein. So steigen die Regenmengen an Rhein und Ruhr, und in den bayrischen Alpenregionen werden die Temperaturen fast doppelt so stark steigen wie im bundesweiten Durchschnitt. Mehr Infos dazu [HIER](#).

#### **8) Studie: Bundesregierung verfehlt Energiewende-Ziele**

Die Bundesregierung wird ihre Energiewende-Ziele krachend verfehlen. Das geht aus einer aktuellen [Berechnung des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft](#) im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion hervor und zeigt, welchen Stellenwert das einst ehrgeizig verfolgte Projekt bei der Bundesregierung mittlerweile einnimmt. Beim Energieverbrauch schafft die Regierung nicht einmal die Hälfte der angestrebten Einsparung. Im Verkehrsbereich ist der Energieverbrauch in den letzten fünf Jahren sogar wieder gestiegen. Ihre Vorgaben für Erneuerbare Energien wird die Bundesregierung lediglich im Strombereich erfüllen. Und das auch nur, weil sie den Zielwert für Strom aus Erneuerbaren viel zu niedrig angesetzt hat. Wir Grüne im Bundestag wollen nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen, sondern außerdem zusätzliche Programme für Energiesparen und Energieeffizienz auflegen – vor allem im Gebäudereich. Alle weiteren Infos [HIER](#).

#### **9) Studie: Bergschäden und Grundwasseranstieg nach Beendigung des Braunkohlebergbaus in NRW**

Die langfristigen Bergschäden sowie die Ewigkeitslasten nach Beendigung des Braunkohlebergbaus, zum Beispiel durch den Wiederanstieg des Grundwassers, werden bisher deutlich zu wenig in den Blick genommen – so das Ergebnis [einer Studie der Grünen Landtagsfraktion](#)

[NRW](#). Weitere Infos dazu finden sich [HIER](#).

### **10) Bundestagsrede zum Haushalt des Einzelplan Wirtschaft und Energie**

Der Haushaltsplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bleibt weit hinter dem Machbaren zurück. Keine Zukunftsvisionen, stattdessen Herumdoktern an Altbekanntem. Gabriel schweigt zu Investitionsdefizit, mangelnden Punkten der Digitalisierung, Energiewende und Klimaschutz. Stattdessen simuliert die Bundesregierung hier Politik. Zu Strommarktdesign, Energieeffizienz oder Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz kündigt das Ministerium vieles an, beschlossen wurde im Bundeseitag seit der EEG-Reform kein relevantes energiepolitisches Vorhaben mehr. Aber ausgerechnet bei der Braunkohle wird rückwärtsgewandte Politik betrieben. Meine Rede findet sich [HIER](#).

### **11) Immer mehr Mikroplastik in der Umwelt**

Das Ausmaß der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik erreicht eine neue Dimension. Was bislang nicht beachtet wurde, ist der nicht unerhebliche Abrieb von Autoreifen. Daneben sind die Mengen an Mikroplastik, die über Kosmetika, Reinigungsmittel und der Abrieb beim Waschen von Funktionskleidung in die Umwelt gelangt, auf den ersten Blick sogar eher gering. Mikroplastik (Plastik mit weniger als 5mm Durchmesser) entsteht durch das Zerreiben von Plastik oder wird Produkten beigemischt (z.B. in Peelings) und hat verheerende Auswirkungen auf die Umwelt. Dazu gibt es eine neue [Studie](#) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UbA). Mehr Infos dazu [HIER](#).

## ***Agrar/ Ernährung***

### **12) Skandalöser Umgang mit Glyphosat-Risiken**

Im März 2015 gaben die Krebsexperten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekannt, dass das weltweit meistverwendete Pflanzenvernichtungsmittel Glyphosat „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“ sei. Seitdem tobt die Debatte um den Stoff. Jetzt ist die [Monografie](#) mit der ausführlichen Begründung der WHO-Krebsforschungsagentur IARC erschienen. Doch die Bundesregierung und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) verharmlosen die Risiken des Ackergifts. Mehr dazu [HIER](#).

### **13) Grüne Initiative: Klonfleisch kennzeichnen**

Das Klonen zur Lebensmittelerzeugung ist in den USA und einigen anderen Nicht-EU-Staaten seit wenigen Jahren ohne Beschränkungen zulässig und verbreitet sich langsam in der globalisierten Nutztierzucht und Lebensmittelkette. Unter Tierschutzaspekten ist das nicht zu rechtfertigen. LandwirtInnen und VerbraucherInnen in Deutschland müssen sich gegen Klontiere und Klonfood im Stall und auf dem Teller entscheiden können. Da ein Verbot in Deutschland und der EU derzeit politisch leider nicht mehrheitsfähig ist, haben wir uns mit den Koalitionsfraktionen auf eine Kennzeichnungslösung verständigt, die sukzessive von Fleisch auf andere Lebensmittel ausgedehnt werden soll. Dazu haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU und SPD einen [Antrag](#) in den Bundestag eingebracht. Mehr dazu [HIER](#).

## ***Verkehr/ Bauen/ Wohnen***

### **14) Verbrauchertäuschung bei Sprit- und Abgaswerten und Dobrindt schaut weg**

Der Abgasskandal bei VW legt die jahrelange Mausehelei und Doppelmoral der Bundesregierung offen. Durch Manipulationen laufen wichtige Abgasvorschriften ins Leere – zum Schaden von Umwelt und Mensch. Denn Stickoxide sind auch Auslöser für schwere Atemwegserkrankungen. Autoabgase wie Stickoxide sind wissenschaftlichen Studien zufolge in Deutschland für mehr

Tote verantwortlich als alle Verkehrsunfälle zusammen. Der Einsatz von Software, die den Stickoxidausstoß bei Fahrzeugen im Testbetrieb minimiert, stellt einen Verstoß gegen EU-Recht dar. Die deutsche Regierung war nach den gleichen Vorschriften seit acht (!) Jahren dazu verpflichtet, Sanktionen für derartige Manipulationen einzuführen und hätte gleichzeitig kontrollieren müssen, ob an den Verbrauchswerten herum manipuliert wird. Beides ist nicht geschehen. Bekannt war der Bundesregierung aber erstens, dass es Abschaltvorrichtungen – als Manipulationssoftware – gibt, zweitens, dass die Stickoxidbelastung vor allem in Städten weiter ansteigt und Drittens, dass Herstellerangaben und reale Schadstoffemissionen teilweise eklatant auseinanderfallen. Dobrindt wusste also entweder genau Bescheid, oder er hat wissentlich Augen, Ohren und Mund verschlossen und damit das Treiben der Automobilkonzerne stillschweigend gebilligt. Dass er jetzt den Chefaufklärer mimt, ist mehr als unglaubwürdig. Weitere Infos zum Skandal [HIER](#). Beim Fachgespräch der Grünen Bundestagsfraktion „Abgas-Skandal aufklären, deutsche Autoindustrie stärken“ haben wir Experten vom Verband der Automobilindustrie über den ADAC bis zur Deutschen Umwelthilfe und dem Umweltbundesamt die Chance gegeben, ihre Sicht der Geschehnisse darzustellen. Mehr dazu [HIER](#).

### **15) Das Auto der Zukunft fährt grün**

Pünktlich zur Internationalen Auto Ausstellung (IAA) und noch vor dem VW Skandal haben wir unser Zukunftspapier für Grüne Automobilpolitik verabschiedet. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilwirtschaft stärken, doch dazu ist umdenken erforderlich. Das Auto der Zukunft fährt grün – elektrisch mit Erneuerbarer Energie. Autos werden öfter geteilt – Car- und Ridesharing verändern die Märkte. Das Auto des 21. Jahrhunderts ist vernetzt – alle Mobilitätsangebote müssen bequem kombinierbar sein. Autos der Zukunft sind digital. Ökologische Potentiale dieses Trends und Verbraucherinteressen müssen im Vordergrund stehen und es muss Schluss gemacht werden mit Verbrauchertäuschung bei Verbrauch und Emissionen der Fahrzeuge. Es ist Zeit, dass die Automobilwirtschaft ehrlich wird. Die Fortschritte bei Klimaschutz und Effizienz kommen bisher auf der Straße nicht an: der reale Spritverbrauch weicht immer deutlicher von den Angaben der Hersteller ab. Diese Verbrauchertäuschung kann nicht weiter hingenommen werden. Der Beschluss findet sich [HIER](#).

### **16) Deutschlandweit marode Straßenbrücken**

Jetzt haben wir es von der Bundesregierung schwarz auf weiß: Deutschlands Brücken an Autobahnen und Bundesstraßen bröckeln dahin. Nahezu jeder siebte Quadratmeter Brückenfläche muss umgehend saniert werden. „Erhalt vor Neubau“ bleibt da ein leeres Versprechen der Bundesregierung. Doch für ein Umdenken in der Verkehrswegeplanung fehlt der Koalition der Mut. Weitere Infos zum Zustand der einzelnen Fernstraßen-Brücken gibt es [HIER](#).

### **17) Dobrindts Irrfahrt mit dem Lang-LKW**

Bundesverkehrsminister Dobrindt will sog. „Gigaliner“ oder „Lang-LKW“ in den Regelbetrieb bringen. Für die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Verkehrs ist das verheerend. Zudem ist die Infrastruktur in Deutschland für die Gigaliner nicht ausgebaut. Doch all das scheint Minister Dobrindt nicht zu stören. Das Rennen macht an dieser Stelle aber nur deshalb der Gigaliner, weil der Lkw-Verkehr künstlich billig gerechnet wird. Schuld daran ist eine verzerrte Kostenpolitik – die Hebel dazu hält Dobrindt in der Hand. Weitere Infos [HIER](#).

### **18) Weiteres Gutachten bestätigt EU-Rechtswidrigkeit der gescheiterten PKW-Maut**

Seit Ende Mai geht die EU-Kommission juristisch gegen die PKW-Maut der Großen Koalition vor, indem sie ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Das ist nur folgerichtig, wovon auch viele seit langem warnten. Nun bestätigt auch der unabhängige Wissenschaftliche Dienst des Bundestages die Maut-Gesetze als „mittelbare Diskriminierung“ von Autofahrern aus dem EU-Ausland. Damit stützt ein weiteres Gutachten die Rechtsauffassung der EU-Kommission und schon heute ist klar, dass Bundesverkehrsminister Dobrindt, die CSU und die gesamte Große

Koalition mit ihrem Prestigeprojekt kläglich gescheitert sind. Weitere Infos [HIER](#).

### **19) Giftige Holzschutzmittel in Wohnungen**

Biozid-Altlasten in Form von gesundheitsschädlichen Holzschutzmitteln, die lange Zeit im Bau eingesetzt wurden, z.B. Pentachlorphenol (PCP), Polychlorierte Naphthaline (PCN) und Lindan, bereiten seit Jahren Probleme und machen deutlich, dass die Bundesregierung handeln muss. Die [Antworten der Bundesregierung](#) auf eine unsere Anfragen deuten darauf hin, dass es zwar erhebliche Altlasten in Form von giftigen Holzschutzmitteln in zwischen 1956 und 1989 gebauten Häusern gibt, allerdings ist ihr der Umfang nicht bekannt. Messungen der Innenraumluft zu Forschungszwecken wurden bisher nicht durchgeführt und es sind dazu auch keine weiteren Untersuchungen geplant. Offensichtlich war und bleibt Bundesregierung untätig. Mehr Infos zu dem Thema [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.